

Ein Klimaschutzplan für den Wetteraukreis !

BUND Kreisverband Wetterau, Wetterau-im Wandel und Fridays-for-Future Friedberg/Bad Nauheim schlagen Klimaschutzplan für den Wetteraukreis vor.

Nach der Kommunalwahl im März 2021 stehen Koalitionsverhandlungen auf Kreisebene sowie auch in vielen Kommunen an. Ein zentrales Thema der Kommunalpolitik ist der Klimaschutz. Dessen Dringlichkeit muss an dieser Stelle nicht nochmals betont werden. Der Wetteraukreis hat beschlossen, dass die Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energien umgestellt werden soll. Es geht nun um die Frage, wie und wie schnell kann dies erfolgen. Und es geht um den gesamten Klimaschutz in der Wetterau, nicht nur um die kreiseigenen oder kommunalen Gebäude.

Inzwischen ist es klar, dass die Beiträge zum Klimaschutz wesentlich auf der kommunalen Ebene erfolgen können und müssen. 30 Jahre nach Gründung des „Klima-Bündnis europäischer Städte“ ist „Kommunaler Klimaschutz“ ein fester Begriff der Politik geworden. Die Nationale Klimaschutz-Initiative auf Bundesebene fördert seit über 10 Jahren die Schaffung von Personalstellen für kommunale Klimaschutz-Manager*innen und technische Maßnahmen; mit Förderraten von 30-80%. Das Land Hessen stellt für Kommunen und Kreise, die Mitglied bei den „Klima aktiven Kommunen in Hessen“¹ sind, Fördermittel von bis zu 100% für vielfältige Maßnahmen für Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften bereit.

Nun gilt es, nach der Kommunalwahl die Strukturen zu schaffen, die Klimaschutzagenturen, Beratungsstellen, Energiemanagementsystem für die Liegenschaften einzurichten! Nun gilt es die Weichen zu stellen, damit in der nächsten Wahlperiode der Klimaschutz deutlich vorankommt.

Im Wetteraukreis wurde Anfang April in der Presse mitgeteilt, dass CDU und SPD auf Kreisebene Koalitionsverhandlungen aufgenommen haben. **Der Klimaschutz muss in einem solchen Koalitionsvertrag eine zentrale Rolle spielen.** Klimaschutz ist nicht nur Umwelt- und Naturschutz zugleich. Klimaschutz ist die Transformation der Energiewirtschaft, der Wechsel der Energieträger, ist Modernisierung der Gebäude, Ausbau der Energiegewinnung vor allem aus Wind und Sonne, ist Energiesparen und Energieeffizienz, und auch eine Transformation der Mobilität hin zum ÖPNV und gemeinschaftlicher Nutzung von Elektrofahrzeugen – kurz Klimaschutz ist zugleich ein Wirtschaftsprogramm.

CDU und SPD in der Wetterau haben Klimaschutz in ihre Wahlprogramme aufgenommen (siehe Anlage). Nun gilt es diese umzusetzen, aber auch deutlich darüber hinauszugehen. Denn die Wahlprogramme von CDU und SPD im Wetteraukreis zeigen, dass Klimaschutz noch nicht genügend Umfang und Bedeutung erhalten hat.

Die CDU betont ihren Anspruch „Klimaschutz richtig machen“. Das ist zu begrüßen. Man habe gerade ein Klimaschutzkonzept auf den Weg gebracht. Konkret beschränkt sich dies jedoch nur auf die kommunalen Liegenschaften. Bis zum Jahr 2030 sollen dort 55 % der CO₂-Emissionen eingespart werden. Allerdings hat die Kreisverwaltung unter Landrat Jan Weckler und dem CDU Umweltdezernenten Matthias Walther im Herbst 2020 mitgeteilt, man habe im Jahr 2020 schon flächenbereinigt 61% CO₂-Minderung erreicht. Der Klimaschutzbericht des Kreises weist (positiv) aus,

¹ <https://www.klima-kommunen-hessen.de/startseite.html>

dass die CO₂-Emissionen der Kreisgebäude von 24.000 t (1990) auf ca. 10.000 t (2020) gesenkt werden konnten. Dies umfasst aber nur ca. 3% der gesamten CO₂-Emissionen im Wetteraukreis. Und für deren weitere Senkung wurden nur Gebäude untersucht, die 15% des gesamten Energieverbrauchs der Kreisgebäude aufweisen. Das reicht schlicht nicht aus. Die CDU steht zur Ausweisung der Vorrangflächen im Regionalplan/Reg.FNP, hat sich allerdings aktuell für die Streichung zahlreicher sog. Weissflächen aus diesem Plan ausgesprochen.

Die SPD spricht das Thema Klimaschutz breiter an, sowohl was kommunale Gebäude betrifft, aber auch die CO₂-Emissionen im gesamten Wetteraukreis. Ziel der SPD ist, einen „Wetterauer CO₂-Reduktionsplan“ zu erarbeiten, verbunden mit Maßnahmen und Zeitplan gemeinsam mit vielen Akteuren, Unternehmen, Verbänden, usw. Ziel ist eine Energieberatungstelle, Planungs- und Fördermittelberatung aus einer Hand, kreisweites Energiemanagement sowie der Ausbau des ÖPNV. Genannt werden Passivhäuser, Wärmenetze, Wasserstofftechnologie, Solarkataster und der Ausbau der Windenergie auf 2% der Landesfläche. Die SPD verbindet das Klimaschutzthema mit der Sanierung von Gebäuden, der Energieeffizienz kreiseigener Gebäude und der Stadt- und Regionalplanung. Überall sollen CO₂-Bilanzen erstellt werden. Die SPD nimmt Bezug auf die Freitagsdemonstrationen von „Fridays for Future“ und will die ökologische Wende mit sozialer Nachhaltigkeit verbinden.

Vor diesem Hintergrund legen nunmehr der **BUND Kreisverband Wetterau, das Bündnis „Wetterau im Wandel“ und Fridays for Future Friedberg/Bad Nauheim** konkrete Vorschläge für einen **Klimaschutzplan Wetterau** vor. Wir beziehen uns auf die Aussagen in den Wahlprogrammen (Anlage) und schlagen vor, diese Elemente in einen **Koalitionsvertrag** aufzunehmen, zu dem CDU und SPD im Wetteraukreis Verhandlungen aufgenommen haben. Zugleich stellen wir diese Vorschläge allen demokratischen Parteien im Kreistag und der Öffentlichkeit zur Verfügung. Denn Klimaschutz sollte von allen Parteien im Wetteraukreis unterstützt werden.

1. **Zielsetzung.** Das Ziel ist die CO₂-Emissionen im Wetteraukreis bis spätestens zum Jahr 2035 auf Null zu senken. Derzeit ist noch von CO₂-Emissionen von ca. 3 Mio. t CO₂/Jahr auszugehen. Die CO₂-Emissionen der kreiseigenen Gebäude sollen bis zum Jahr 2030 auf Null gebracht werden. Diese belaufen sich auf derzeit ca. 10.000 t CO₂/Jahr.
2. **Methodik:** Zentrale Methoden hierzu sind, die Senkung des Endenergieverbrauchs in allen Anwendungsbereichen um mehr als 50% und die Deckung des Restbedarfs mit erneuerbaren Energien, vorrangig aus dem Wetteraukreis. Von Haus zu Haus soll den Eigentümern systematisch Information über die Sanierungsmöglichkeiten, Beratungsangebote² und Fördermittel angeboten werden.
3. **Strukturen:** Es ist eine **Wetterauer Klimaschutzagentur** als Teil der Kreisverwaltung zu gründen.

Deren Hauptaufgaben sind:

- Aufstellung und Weiterentwicklung des Wetterauer Klimaschutzplans. Entwicklung von Massnahmepaketen. Einwerben von Fördermitteln für Personalstellen und Maßnahmen (EU,

² www.energie-effizienz-experten.de

BUND, Land Hessen). Erstellung eines Masterplans 100 % EE gefördert durch die Nationale Klimaschutzinitiative NKI³.

- Energiemanagement in kreiseigenen Gebäuden bzw. auch Energiemanagement für Gebäude anderer Kommunen oder auch Dritten Auftragnehmern. Das Energiemanagement umfasst die Kontrolle und Optimierung des Energieverbrauchs der Gebäude, Erstellung von Sanierungsfahrplänen, Erstellung einer jährlichen Energie- und CO₂-Bilanz der Gebäude. Fördermittelbeantragung bei Land Hessen⁴ und NKI⁵ für die energetische Sanierung kreiseigener Gebäude.

- Übernahme des Leitfadens „Wirtschaftliches Bauen“ des Hochbauamtes der Stadt Frankfurt am Main als Grundlage für Planung und Ausschreibung sämtlicher Bau- und Sanierungsvorhaben. Empfehlung an Kommunen, dies ebenso zu übernehmen⁶.

- Erstellung einer Energie- und CO₂-Bilanz für den gesamten Wetteraukreis gemäß der Methodik „BISKO“ des Klima-Bündnis europäischer Städte⁷.

- Einrichtung einer Energie- und Fördermittelberatung für alle Energienutzer im Wetteraukreis. Durchführung von gezielten Energieberatungsaktionen („Energiekarawane von Haus zu Haus“) gemeinsam mit Wetterauer Kommunen und dem Handwerk.

- Konzeption des Auf- und Ausbaus von Wärmenetzen in den Kommunen. Konzepterstellung für eine CO₂-freie Wärmeversorgung der Gebäude. Dienstleistungsangebot an Kommunen für Neubaugebiete und Bestand.

- Erstellung und Angebot eines Wetterauer Stromsparprogramms mit Information und Förderung des Stromsparens⁸ mit den Zielgruppen Haushalte, Gewerbe, Kommunen. Einführung des „Stromspar-Checks“ für alle Haushalte mit geringem Einkommen in der Wetterau⁹.

- Systematische Prüfung größerer kommunaler, Kreis- und sonstiger Liegenschaften auf Umsetzung der Wärme- und Stromversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zur effizienten Erhöhung der Stromversorgungssicherheit. Umstellung der KWK mit Wärmespeichern auf erneuerbare Energien.

³ <https://www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie>

⁴ <https://umwelt.hessen.de/klima/foerderung> (Förderung Klimaschutz bis zu 100%)

⁵ https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/F%C3%B6rderm%C3%B6glichkeiten_Kommunalrichtlinie.pdf (Übersicht der Förderquoten 30-65 %, im Jahr 2021 generell plus 10 % !)

⁶ <https://energiemanagement.stadt-frankfurt.de/Investive-Massnahmen/Leitlinien-wirtschaftliches-Bauen/Leitlinien-wirtschaftliches-Bauen.pdf>. Der Leitfaden zeigt wie Klimaschutz wirtschaftlich umgesetzt werden kann bei Gebäuden.

⁷ Der Wetteraukreis, sowie die Kommunen Altstadt, Florstadt, Nidda sind dort Mitglied.

⁸ Vgl. www.frankfurt-spart-strom.de

⁹ www.stromspar-check.de (die Methodik geht zurück auf eine Aktion der Hessen-Energie, der Firma SparWatt Altstadt, des BUND Wetterau und wurde durch die Stadt Frankfurt am Main und den Caritasverband bundesweit etabliert)

- Durchführung einer Photovoltaik-Informationskampagne für alle Gebäude in der Wetterau gemeinsam mit den PV Anbietern aus der Region. Propagierung des Solarkatasters des Landes Hessen.
- Ausweitung der Klimaschutz- und Umweltbildung an Wetterauer Schulen und Kindertagesstätten unter Nutzung der Erfahrungen „Beratungsstelle für ökologische Bildung e.V.“ in Bad Homburg¹⁰ und des Vereins „Umwertlernen e.V.“¹¹ sowie der sog. Klimakisten aus der Kooperation des Wetteraukreises mit dem BUND Wetterau.
- Aufbau von Informationsangeboten zur „klimafreundlichen Ernährung“ (Regional, Bio, weniger Fleisch) mit Nutzung des Angebots von „Klimagourmet“¹² in Kooperation mit regionalen Anbietern und Märkten.
- Entwicklung und Umsetzung von Kooperationen mit der OVAG als regionaler Energiedienstleister, dem regionalen Handwerk sowie der Wissenschaft in der TU Mittelhessen.
- Entwicklung und Umsetzung von Pilotprojekten der Wasserstofftechnik. Elektrolyse von preisgünstigem Überschussstrom bzw. Strom aus älteren Windkraftanlagen. Einsatz des Wasserstoffs in KWK Anlagen bzw. Mobilitätsanwendungen.
- Begleitung und Moderation des Ausbaus der Windenergie im Wetteraukreis gemeinsam mit dem Land Hessen.
- Modernisierung der Straßenbeleuchtung¹³ und Signaltechnik auf sparsame LED-Technik. Beratung von Eigentümer großer Gebäude aller Art zu sparsamer und insektenfreundlicher Beleuchtung nach dem Vorbild Sternenpark Rhön.¹⁴

Personalmittelbedarf:

Wir gehen aufgrund der Erfahrungen anderer Kommunen/Kreise und dem erforderlichen Bedarf zur Erreichung der Klimaziele von einem Mindestbedarf von 15 MA aus, der mittelfristig auf 25 ausgebaut werden sollte, zumal deren Arbeit die Energiekosten des Wetteraukreises senkt und Beiträge zur Wirtschaftsförderung durch Klimaschutz leistet.

1. Abteilung Leitung, Strategie, Konzepte, Monitoring	3 - 5 MA
2. Abteilung Energiemanagement Gebäude	5 - 8 MA
3. Abteilung Energieförderberatung, Energiekarawane	5 - 8 MA
4. Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Klimabildung	<u>2 - 4 MA</u>
Summe	15 - 25 MA

¹⁰ <https://www.oekologische-beratungsstelle.de/>

¹¹ www.umwertilernen-frankfurt.de

¹² <https://www.klimagourmet.de/>

¹³ Ist bis auf Altstadt weitgehend erfolgt

¹⁴ <https://www.biosphaerenreservat-rhoen.de/natur/sternenpark-rhoen/>

(Mitarbeiter*innen vorrangig energetisch qualifiziert, zudem Qualifizierungen
Öffentlichkeit/Bildung, Sekretariat)

Finanzbedarf

15 MA * 100.000 € incl. AG Beiträge, Büro	1,5 Mio. € /Jahr
Aktionsmittel, Informationsmaterialien etc.	0,5 Mio. € /Jahr
eigene spezielle Förderprogramme	0,5 Mio. € /Jahr
Summe	2,5 Mio. € /Jahr ¹⁵

Umweltnutzen, Ziel Minderung von 3 Mio. t CO₂/Jahr über 15 Jahre zu erreichen.

Aufwand ca. 12,5 €/ gesparter Tonne CO₂ über 15 Jahre.

Ökologischer Wert der CO₂-Minderung bei 180 €/t CO₂ = über 500 Mio € /Jahr.

Indirekter Nutzen über Förderung der Wirtschaft erhöhte Gewerbesteuer
und Einkommensteuer bei Kommunen. Minderung der Energie- und CO₂-Kosten bei
Haushalten, Gewerbe, Industrie im Wetteraukreis.

Die Einrichtung einer Wetterauer Klimaschutzagentur kann gefördert werden durch:

- a) das Land Hessen im Rahmen des Förderprogramms nach Hessischem Energiegesetz¹⁶ bis zu 75%
- b) die Bundesregierung im Rahmen des „Kommunalprogramms“ der Nationalen Klimaschutzinitiative¹⁷ zu 75%.

Maßnahmen in kreiseigenen und kommunalen Gebäuden können gefördert werden durch:

- a) das Land Hessen, Umweltministerium, Förderung Klimaschutzmaßnahmen¹⁸ zu 100%
- b) die Bundesregierung im Rahmen des „Kommunalprogramms“ der Nationalen Klimaschutzinitiative¹⁹ zwischen 35% und 75%.

¹⁵ Der Gesamtetat des WK liegt in Höhe von ca. 400 Mio. €/Jahr, Personalkosten 80 Mio. €/Jahr. Die Klimaschutzagentur würde dann 0,6 – 1,8% des Etats des WK betreffen, die zu 75% gefördert werden können.

¹⁶ https://www.energieland.hessen.de/mm/2019-10-09_Endfassung_Richtlinie.pdf

¹⁷ <https://www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie>

¹⁸ <https://umwelt.hessen.de/klima/foerderung>. Im Jahr 2021 und 2022 werden Maßnahmen für Klima-Kommunen mit 100% gefördert

¹⁹ https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/F%C3%B6rderungsm%C3%B6glichkeiten_Kommunalrichtlinie.pdf. Im Jahr 2021 gibt es einen Bonus von 10% Förderung auf alle Maßnahmen.

Anlage. Auszüge aus den Kommunalwahlprogrammen von CDU und SPD im Wetteraukreis

CDU Kommunalwahlprogramm 2021

Klimaschutz richtig machen.

Der Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Klimaschutz und die damit verbundene Energiewende sind zwar von globalem Ausmaß, müssen aber zugleich regional betrachtet werden. Beides sind zentrale Handlungsfelder für die ökologische und ökonomische Weiterentwicklung unserer Region. Ob Energieeinsparung, Energieeffizienz oder die Gewinnung von Energie mit Hilfe regenerativer Energieträger: all diese Aufgabengebiete können wir hier vor Ort gestalten. Daher nimmt die CDU auch hier ihre Verantwortung ernst und hat bereits wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Wir haben ein umfangreiches Klimaschutzkonzept für den Wetteraukreis auf den Weg gebracht. Um der globalen Erwärmung entgegenzutreten, soll auch der Wetteraukreis analog zu den Vorgaben des Bundes in seinen kreiseigenen Liegenschaften bis zum Jahr 2030 mindestens 55 Prozent CO₂-Emissionen (Bezugsjahr 1990) einsparen. Zusätzlich wurden im Rahmen der neu definierten Klimaschutzziele unter anderem konkrete Maßnahmen für den Einsatz Erneuerbarer Energien festgelegt, Maßnahmen im Bereich der energetischen Sanierung, der Heizungsmodernisierung sowie der effiziente Einsatz von Beleuchtungstechnik. Für die CDU ist das gerade verabschiedete Konzept die zukünftige Leitlinie für konkret gestalteten Klimaschutz in unserem Landkreis. Ein Klimaschutzbericht soll auch künftig im 2-jährigen Turnus über die Ergebnisse Rechenschaft ablegen. Parallel dazu setzt sich die CDU für eine weitere Vernetzung mit anderen Kommunen und Organisationen im Bereich des Klimaschutzes ein. Dies dient dem Wissenstransfer und dem Erfahrungsaustausch. Die Gründung des kommunalen Energieeffizienz-Netzwerks mit Kommunen im Gebiet des Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) begrüßt die CDU ebenso wie die Mitgliedschaft bei „Hessen aktiv: Die Klimakommunen“, einem Bündnis hessischer Städte, Gemeinden und Landkreise für den Klimaschutz. Weiterhin setzt sich die CDU dafür ein, dass bei anstehenden Bau- und Sanierungsarbeiten an zentralen Liegenschaften der Kreisverwaltung geeignete Abstellplätze mit Ladeinfrastruktur für E-Bikes geschaffen werden. Wo Windkraft in unserer Region genutzt werden kann, das regelt seit Februar 2020 der Sachliche Teilplan Erneuerbare Energien 2019 (TPEE), der den Regionalplan Südhessen / Regionaler Flächennutzungsplan 2010 um das Thema Erneuerbare Energien ergänzt. Der Plan legt unter anderem fest, wo künftig noch Windkraftanlagen errichtet werden können („Vorranggebiete“) und wo nicht („Ausschlussraum“). Die CDU begrüßt, dass es gelungen ist, klare und transparente Regeln aufzustellen und so Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

SPD Kommunalwahlprogramm

5. Gemeinsam weiterdenken: Zusammen für Klima- und Umweltschutz! Klimaschutz geht uns alle an.

Die Folgen des globalen Klimawandels sind nicht mehr ernsthaft zu bestreiten. Klimaschutz hat für uns oberste Priorität, denn der Klimawandel ist auch im Wetteraukreis angekommen. Es wird wärmer, und zwar zu allen Jahreszeiten. Im Winter gibt es mehr, im Sommer weniger Niederschlag. Das Wetter wird extremer. Starkregen, Hitzewellen und Trockenperioden werden zunehmend zum Alltag gehören. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen: Das bedeutet, die negativen Auswirkungen müssen minimiert und die positiven als Chance genutzt werden. Im Wetteraukreis setzten wir uns bereits engagiert für Klimaschutz ein, etwa durch energiesparende Gebäudesanierungen oder die CO₂-neutrale Beheizung öffentlicher Gebäude. Dennoch sind uns die Freitagsdemonstrationen von Schülerinnen und Schülern Ansporn, uns noch ambitioniertere, nachhaltige Ziele zu setzen. Das Gelingen der Klimawende kann und darf nicht nur eine individuelle Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft sein. Die Klimawende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir benötigen eine ökologische Wende – auch auf kommunaler Ebene. Durch die ökologische Wende, die sozial ausgewogen ausgestaltet wird, sollen neue nachhaltige Wachstumsimpulse gesetzt werden, um einerseits gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern und andererseits besonders Beschäftigung und Wohlstand zu wahren. Nur mit sozialer Nachhaltigkeit werden wir die großen Herausforderungen, die uns bevorstehen, auch meistern können. Dazu braucht es umfassende und ganzheitliche Konzepte. Dabei streben wir auch einen intensiven Dialog mit dem Akteursnetzwerk „Wetterau im Wandel“ an, das sich für eine ökologische, sozial und

ökonomisch gerechte sowie lokal und global tragfähige Entwicklung unseres Kreises einsetzt. Wetterauer CO₂-Reduktionsplan Für den Wetteraukreis wollen wir einen CO₂-Reduktionsplan mit einem konkreten Maßnahmenpaket und verbindlichen Zeitplan erarbeiten. Zudem wollen wir für die Menschen in der Wetterau, in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den zentralen lokalen und regionalen Akteuren wie der OVAG, dem RMV, dem regionalen Planungsverband, den Städten und Gemeinden, unserer geplanten Wohnungsbaugesellschaft sowie den Ver- und Entsorgungsbetrieben, einen Rahmenplan für einen Weg zu einem CO₂-neutralen Leben entwickeln.

Dazu sollen Maßnahmen und Angebote zählen, wie ein Solarpotential- und Grundstückskataster, eine Energie- und Klimaschutzkarte, eine Planungs- und Förderberatung aus einer Hand, die Schaffung einer Energieberatungsstelle, ein kreisweit koordiniertes Energiemanagement kommunaler Gebäude und der Ausbau des ÖPNV-Angebots. Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien Wir wollen, dass der Kreis selbst eine Vorreiterfunktion beim Klimaschutz einnimmt, etwa durch mehr Energieeffizienz bei Gebäuden und Fahrzeugen, den Bezug von Ökostrom und die verstärkte Nutzung öffentlicher Gebäude zur Solarstromerzeugung. Wir stehen für dezentrale Energieerzeugung und -versorgung. Innovative Projekt wie beispielsweise Nahwärme und -kälte oder Wasserstoffanlagen wollen wir unterstützen und fördern. Dort, wo aufgrund von Wohnungsnot neu gebaut werden muss, braucht es eine klimagerechte Planung, damit nicht bereits heute der Sanierungsbedarf der Zukunft entsteht. Das reicht von der Gebäudeausrichtung über energetisch optimiertes Bauen, wie zum Beispiel Passivhäuser, bis hin zur Wärme- und Stromversorgung aus erneuerbaren Energien. In den Regionen der Wetterau, wo die Bevölkerung stagniert oder schrumpft, müssen Programme der Dorf- bzw. Stadterneuerung für die Sanierung der bestehenden Gebäude sorgen. Bei allen Planungen werden wir die Klimaauswirkungen prüfen und gegebenenfalls Alternativen suchen. Zu diesen Kriterien gehören der Energieverbrauch und die CO₂-Bilanz, Flächen- und Wasserverbrauch sowie das Ortsklima. Bei der Vergabe von landeseigenen Flächen insbesondere für Windkraft darf nicht der maximale Ertrag an erster Stelle stehen, sondern muss der lokalen Wertschöpfung, also den lokalen Akteuren, wie zum Beispiel die OVAG als kommunales Unternehmen oder örtlichen Energiegenossenschaften, ein deutlich größeres Gewicht bei der Flächenvergabe eingeräumt werden. Zudem braucht es eine stärkere interkommunale Kooperation, gerade bei Windkraftanlagen. Wir stehen fest zum Ziel, zwei Prozent der Landesfläche für den Ausbau der Windenergie bereitzustellen.